

Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuauflage der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum

Rassistische Diskriminierung gehört in der Schweiz für immer mehr Menschen zur Alltagserfahrung. Trotzdem wird Rassismus insbesondere gegenüber schwarzen Menschen in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt. Das machen auch neuste Studien des Bundes deutlich.¹ Dies steht im grossen Widerspruch zur Wahrnehmung der betroffenen Personen, denn selbst diejenigen, die sich nicht systematisch mit dem Thema befasst haben, verstehen aufgrund ihrer eigenen Erlebnisse die Tragweite des Problems. Es gibt in der Schweiz nicht mehr oder weniger Rassismus als in anderen westlichen Ländern, aber es fehlt an der politischen Problematisierung. Rassismus wird meist als individuelle «Einstellung» und Ausnahmeerscheinung von «Extremisten» gedeutet. Dabei wird ausgeblendet, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, das auf eine bestimmte Weise Menschen in hierarchische Beziehungen zueinander setzt. Rassismus organisiert demnach die Gesellschaft entlang biologischer, ethnischer oder kultureller Gruppenzuschreibungen. Die dominante Fortschreibung rassistischer Verhältnisse des Kolonialismus und der Sklaverei führten beispielsweise dazu, dass schwarze Menschen afrikanischer Herkunft bis heute weltweit spezifischen Formen rassistischer Stereotype und strukturellen Diskriminierungen unterliegen.

Rassismus findet statt und wird aufrechterhalten indem eine dominante Perspektive immer und immer wieder reproduziert wird. Eine rassismuskritische Perspektive hingegen, strebt einen Perspektivenwechsel an. Und gerade die Bewegungen der Migration der letzten Jahrzehnte haben zunehmend zu einer vielfältigen und mobilen Schweizer Gesellschaft geführt. Diese Entwicklung beinhaltet eine Pluralität an Perspektiven und eine gelebte Selbstverständlichkeit dieser Mehrfachzugehörigkeiten. Ein grosses Ziel im Versuch, Rassismus zu dekonstruieren muss es daher sein, so viele dieser Perspektiven wie möglich sichtbar zu machen. Neben den Perspektiven von MigrantInnen, schwarzen Menschen und People of Color gibt es auch unzählige viele andere Erfahrungen und Sichtweisen, die im Mainstream unterrepräsentiert sind oder gar nicht vorkommen (z.B. Menschen mit Behinderungen, LGBTQI* und viele mehr).

Anders als vor zwanzig Jahren, als es in der Schweiz praktisch unmöglich war, Rassismus als Problem der gegenwärtigen Gesellschaft zu begreifen und auch so zu bezeichnen, lassen sich heute zumindest in Teilen der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik entsprechende Problematisierungen vermitteln. In der Stadt Bern verdanken wir dies nicht zuletzt der Aktionswoche gegen Rassismus, die 2011 von der Stadt lanciert wurde um für die Problematik von Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren. Trotzdem finden innerhalb der Behörden immer noch kaum Auseinandersetzungen darüber statt, ob institutionelle Kulturen und Praxen, Leitideen, Führungsentseide und Kommunikationsformen den Bedürfnissen der nicht-weissen Bevölkerung diskriminierungsfrei Rechnung tragen.²

Gemäss eigenen Angaben versteht die Stadt Bern die Bekämpfung von Rassismus und den Diskriminierungsschutz als wichtigen Teil ihrer Integrationspolitik. In der Aktionswoche gegen Rassismus hat sich gezeigt, dass das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Organisationen der Zivilgesellschaft sehr produktiv ist. So findet die Aktionswoche jeweils im März statt und besteht aus einer Kampagne im öffentlichen Raum und einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Mit der zehnten Ausgabe im Jahr 2020 besteht

¹ «Anti-Schwarze-Rassismus: Juristische Untersuchung zu Problem und Handlungsbedarf» ZHAW/Universität Basel, 2017; «Anti-Schwarzen-Rassismus in der Schweiz – Eine Bestandsaufnahme» Universität Neuchâtel, 2017; «Erhebung <Diversität>: Diskriminierung von Schwarzen in der Schweiz», BFS, 2017.

² Postulat Fraktion SP (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): KulturEvolution der Institutionen.

die Chance, den Wirkungsbereich dieses Aktionsprogramms auszuweiten. Verschiedene Aktivitäten über das ganze Jahr verteilt würden es erlauben, den Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen auszuloten – im öffentlichen Raum, wie auch in der Verwaltung und anderen Institutionen. Zum Beispiel würden sich öffentliche Aktivitäten zu Rassismus an der Volksschule anbieten, welche sich sowieso mit migrationsbedingter Vielfalt und Mehrfachzugehörigkeit im Schulalltag auseinandersetzen muss.³

Die SP/JUSO-Fraktion fordert vom Gemeinderat die Anerkennung eines relevanten Handlungsbedarfs gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und verlangt eine Ausweitung der Aktionswoche gegen Rassismus:

1. Die zehnte Auflage der Aktionswoche gegen Rassismus soll zu ihrem Jubiläum im Jahr 2020 als ganzjähriges Aktionsprogramm durchgeführt werden. Ziel ist es, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem in verschiedenen Kontexten zu thematisieren. Das Aktionsjahr soll trotz Ausweitung in andere Bereiche ihren bisherigen partizipativen Charakter erhalten und bei der Planung und Durchführung weiterhin mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Entsprechende zusätzliche Mittel dafür sind bereit zu stellen.
2. Das Aktionsjahr soll durch eine grössere ganzjährige Kampagne verstärkte Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum schaffen. Entsprechende zusätzliche Mittel dafür sind bereit zu stellen.
3. Für die künftige Ausgestaltung von Aktionsprogrammen gegen Rassismus sollen die Erfahrungen des Aktionsjahres evaluiert und eventuell eine Ausweitung der Aktionswoche konzipiert werden.
4. Für eine mögliche Neuausrichtung der Aktionswoche sollen vertiefte thematische Auseinandersetzungen geprüft werden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen einer sich über einen längeren Zeitraum hinziehenden Veranstaltungsreihe stattfinden, in Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen.

Bern, 14. Juni 2018

Erstunterzeichnende: Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães

Mitunterzeichnende: Johannes Wartenweiler, Lisa Witzig, Peter Marbet, Nadja Kehrl-Feldmann, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg, Timur Akçasayar, Martin Krebs, Bettina Stüssi, Tabea Rai, Christa Ammann, Luzius Theiler, Ingrid Kissling-Näf

Antwort des Gemeinderats

Mit der Motion wird verlangt, die Aktionswoche gegen Rassismus auszuweiten. Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft damit inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Denn der Gemeinderat plant und koordiniert die Tätigkeiten der Stadt und ist zuständig für alle Aufgaben, die nicht einem anderen Organ übertragen sind. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat teilt die in der Motion formulierten Anliegen grundsätzlich. Im Rahmen der Integrationspolitik ist es wichtig, sich gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen. Die in der Motion formulierten Forderungen entsprechen auch den Ideen zur Weiterentwicklung der Aktionswoche gegen Rassismus, welche in einem partizipativen Prozess mit Akteurinnen und Akteuren

³ Vgl.: Antidiskriminierung als Kompetenz im Lehrplan 21: <https://be.lehrplan.ch/index.php?code=a|6|4|8|0|2>; Postulat Fraktion SP (Fuat Köçer/Halua Pinto de Magalhães, SP): Vielfalt im Lehrerzimmer als Antwort auf Vielfalt im Klassenzimmer

der Zivilgesellschaft, Mitgliedern der Fachkommission für Integration und weiteren Partnerinnen und Partnern der Aktionswoche entwickelt worden sind.

Gestützt darauf wird die Stadt Bern im Jahr 2019 neben der Aktionswoche spezifische Initiativen für Jugendliche zum Thema Rassismus unterstützen. Dafür hat das Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern im September 2018 eine Ausschreibung lanciert. Ein bis zwei Projekte werden mit einem Beitrag bis zu Fr. 5 000.00 unterstützt. Diese Projekte sollen bis Ende Juni 2019 umgesetzt werden.

Der Gemeinderat begrüsst auch die Idee, dass das 10. Jubiläum der Aktionswoche in einem grösseren Rahmen stattfinden soll. Im Rahmen des Begründungsberichts wird der Gemeinderat zu den umgesetzten Massnahmen für die Weiterentwicklung der Aktionswoche Bericht erstatten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die finanziellen Folgen sind abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Aktionswoche bzw. deren Weiterentwicklung und zum heutigen Zeitpunkt offen. Allfällige zusätzliche Mittel sind entweder im Rahmen des Globalbudgets bereitzustellen oder müssen im Rahmen der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2020 ff. und gestützt darauf im Produktgruppenbudget 2020 eingestellt werden. Für das Personal sind keine Auswirkungen zu erwarten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 12. Dezember 2018

Der Gemeinderat